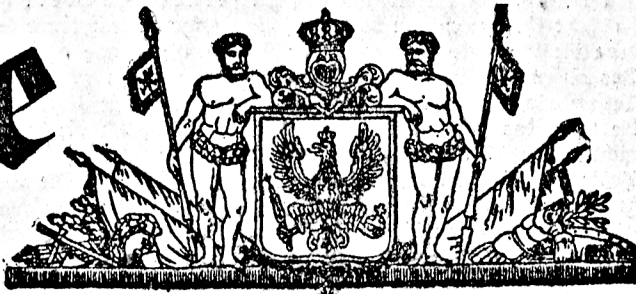


Wossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück- und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 5 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverangelt Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11853. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 680.

Deutschlands Hilfsaktion für Rußland

Bildung eines Hilfskomitees.

Zur Durchführung der geplanten Hilfsaktion für Rußland fand gestern auf Einladung des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Landesdirektor v. Winterfeldt, eine Besprechung statt, an der u. a. die Vertreter der Reichsvereine und fast aller politischen Parteien, ferner Professoren der medizinischen Fakultät, Vertreter von Finanz und Industrie und führende Persönlichkeiten des Deutschen Roten Kreuzes auch von auswärts teilnahmen. Unter den Geladenen, die ihr Fernbleiben entschuldigt hatten, betonte Gerhard Hauptmann nochmals sein warmes Interesse für die Sache; er stellte sich dem Deutschen Roten Kreuz zur Mitarbeit zur Verfügung.

Der Vorsitzende Herr v. Winterfeldt hob in einer Ansprache hervor, daß das Deutsche Rote Kreuz durch seine internationalen Rote-Kreuz-Verbindungen und durch seine Grundsätze verpflichtet sei, über alle Rassen, Klassen, Partei- und nationalen Gegensätze hinweg jede erreichbare Not zu lindern, und daß es deshalb die Hilfsaktion für Rußland übernommen habe. Diese Aktion müsse eine Sache des gesamten deutschen Volkes sein und könne nur gelingen, wenn sie alle Bevölkerungsschichten hinter sich habe. Ein internationaler Zusammenschluß zum Hilfswerk sei zu erstreben. Für uns Deutsche als nächste Nachbarn Rußlands komme aber noch hinzu, daß wir schon aus gesundem Egoismus eingetreten haben, um die drohende Seuchengefahr von unseren Grenzen abzuwehren. Unter allgemeiner Zustimmung zu diesen Ausführungen wurde während der Beratung einstimmig festgestellt, die Hilfsaktion sei unbedingt notwendig und ebenso notwendig ihre Zentralisation beim Roten Kreuz, damit eine Zersplitterung vermieden werde.

Noch Vorschlag des Herrn v. Winterfeldt konstituierte sich die Veranlassung als ein alle Kreise umfassendes Hilfskomitee, das sich noch ergänzen wird. Weiterhin wurde zur Durchführung der praktischen Arbeit ein Präsidialauschuß gebildet, dem vorläufig folgende Persönlichkeiten beigegeben sind: der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Landesdirektor v. Winterfeldt; der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Geheimrat v. Bumm; der Präsident der Berliner Handelskammer Franz v. Mendelssohn; der Vizepräsident der Handelskammer, Conrad v. Borfig; der Rektor der Universität, Geheimrat Dr. Kernst; Geheimrat Prof. Dr. Czerny; als Vertreter politischer Parteien die Wgg. Prof. Dr. Hoepfisch, Georg Streiter, Bartels, Dr. Moses; die Bankdirektoren Salomonsohn und Wassermann; Bankier E. L. Friedmann; Herr Gustav Windfeldt.

Der Präsidialauschuß wird im wesentlichen mit der Geschäftsführung des Deutschen Roten Kreuzes Hand in Hand arbeiten. Es sollen für die einzelnen Gebiete (Finanzen, Hygiene u. a.) besondere Kommissionen gebildet werden.

Die angeblichen russisch-französischen Verhandlungen.

„Ein deutsch-französischer Aktionsplan.“

von Paris, 3. August.

Das Ministerium des Äußeren dementiert die Nachricht, daß Verhandlungen zwischen einem Vertreter der französischen Regierung und Krassin zwecks Anerkennung der äußeren Schuld Rußlands durch die Sowjets eingeleitet worden seien. Der frühere Botschafter in Petersburg Louis, dessen Namen in Verbindung mit diesen Gerüchten genannt wurde, ist im vorigen Jahre gestorben, und der frühere Botschafter in Petersburg Rouleus ersuchte den „Lemps“, festzustellen, daß ihm von Verhandlungen mit den Sowjets nichts bekannt sei.

Trotz dieses Dementis wollen die Meldungen über russisch-französische Pourparlers nicht verstummen. „Devoire“ behauptet jetzt sogar, daß ein deutsch-französischer Aktionsplan für die Unterstützung Rußlands aufgestellt sei, der dem Obersten Rat vorgelegt werden solle. Dieses freilich abenteuerlich anmutende Projekt soll das Ergebnis von Besprechungen sein, die der frühere französische Botschafter in Petersburg Rouleus — der, wie gesagt, aber die Verhandlungen bestritt — mit einem Vertrauensmann Krassin und einem Vertreter der Dresdener Bank, der als Bevollmächtigter der „vier größten deutschen Banken, der sogenannten vier D-Banken“, an den Verhandlungen teilnahm, gehabt hat. Der Vertrauensmann Krassin sei von den Bedingungen unterrichtet worden, von denen Frankreich seine Beteiligung an der Hilfeleistung abhängig machen müsse, und habe entsprechende Zusicherungen gegeben. Die Sowjetregierung werde alle früheren äußeren Schulden Rußlands anerkennen und alle industriellen, kommerziellen und sonstigen Konzessionen, die Franzosen in Rußland zuerkannt waren, aufrechterhalten. Es soll den Delegierten Frankreichs, Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten überlassen bleiben, Wünsche für die Vorteile zu äußern, die Rußland ihnen als Garantie für ihre Ausgaben und als Lohn für ihre Bemühungen zuerkennen soll.

Der Ententeschritt in Berlin.

Die drei Botschafter bei Rosen.

Um die Mittagsstunde erschienen im Auswärtigen Amt bei dem Minister Dr. Rosen die Botschafter Englands, Frankreichs und Italiens, Lord d'Abernon, Laurent und Grassati, und überreichten dem Außenminister im Namen der drei Regierungen eine gemeinsame kurze Note:

Berlin, 3. August.

Der Botschafter Frankreichs, der Botschafter Englands und der Gesandte Italiens beehren sich im Auftrage Ihrer Regierungen, die Deutsche Regierung nicht darum handle, schon Vorkehrungen zu treffen, um durch alle möglichen Mittel den Transport alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern, den die Lage in Oberschlesien in jedem Augenblick nötig machen könnte.

An die Überreichung der schriftlichen Note schloß sich eine mündliche Erörterung. Es wurde von den Botschaftern dabei hinzugefügt, daß es sich bei diesem Ersuchen nicht darum handle, schon jetzt und sofort Truppen nach Oberschlesien zu befördern. Ob und wann ein solches Verlangen gestellt würde, wurde nicht erwähnt.

Außenminister Dr. Rosen antwortete, daß diese Stellungnahme der alliierten Mächte durchaus dem von der deutschen Regierung in der Frage der Truppentransporte bisher eingenommenen Standpunkt entspräche. Die deutsche Regierung hat schon in ihrer ersten Antwort auf das von der französischen Regierung gestellte Verlangen erklärt, daß sie bereit sei, gemäß den Verpflichtungen des Versailler Friedensvertrages den Transport von Truppen nach Oberschlesien zu erleichtern, wenn dieses Verlangen von allen drei alliierten Mächten gestellt werden sollte. Außenminister Dr. Rosen erklärte sich bereit, sich in diesem Sinne sofort an den Reichsverkehrsminister zu wenden, um das Geeignete zu veranlassen. Damit endete die Besprechung.

Die Entwicklung des Konflikts.

Ämtliche Meldung.

Berlin, 3. August. (W. L. B.)

Nachdem inzwischen in der Angelegenheit der Truppensendung nach Oberschlesien in der ausländischen Presse Mitteilungen erschienen sind, welche die Zwischenverhandlungen betrafen, und nachdem der Wortlaut eines Briefes veröffentlicht wurde, den der Reichsminister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in Berlin gerichtet hatte, sei nochmals im Zusammenhang auf die Entwicklung hingewiesen, welche die Frage des Truppentransportes nach Oberschlesien genommen hat.

Bei der Uebergabe der französischen Note vom 16. Juli erhob der französische Botschafter neben anderen Forderungen auch die Forderung, Deutschland solle unverzüglich alle Vorkehrungen treffen, um den Durchtransport einer neuen französischen Division nach Oberschlesien zu fördern. Ehe die deutsche Regierung die französische Note beantwortet hatte, wurde der französische Botschafter am 23. Juli bei dem Minister Rosen erneut vorstellig und verlangte, die deutsche Regierung solle bis zu demselben Abend erklären, ob sie der Forderung bezüglich des Truppentransportes nachkommen wolle. Am Abend des gleichen Tages überreichte die deutsche Regierung zusammen mit der Antwort auf die französische Note vom 16. Juli ein Antwortschreiben des Reichsministers des Äußeren, dessen Inhalt der Öffentlichkeit bereits bekannt ist. In diesem Schreiben stellte sich die deutsche Regierung auf den Standpunkt, daß sie bereit sei, den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in jeder Weise nachzukommen, daß sie jedoch zunächst um Mitteilung darüber bitten müsse, ob das Ersuchen der französischen Regierung in diesem Falle im Namen der drei Okkupationsmächte gestellt sei.

Am folgenden Tage, nach Kenntnismahme dieses Briefes, erklärten der französische Botschafter beim Reichskanzler, der ihn in Gegenwart des Reichsministers des Äußeren empfing. Herr Laurent erklärte, daß die in dem Briefe des Ministers des Äußeren gegebene Antwort nicht genüge und verlangte nochmals eine Erklärung der deutschen Regierung, ob sie auf Ersuchen der französischen Regierung französische Verstärkungen nach Oberschlesien zu befördern bereit sei.

Hierauf wurde dem französischen Botschafter unter dem 29. v. M. eine schriftliche Antwort erteilt. In dieser erklärte die deutsche Regierung, sie habe es im Hinblick auf die große Verantwortung, welche sie mit ihrer Antwort auf die Forderung der französischen Regierung übernehme, für ihre Pflicht

gehalten, ihrerseits bei den beteiligten Regierungen anzufragen, ob auch diese den Truppentransport nach Oberschlesien verlangen. Die deutsche Regierung machte in diesem Schreiben darauf aufmerksam, daß sie diesen Schritt als ein besonderes Zeichen ihrer absoluten Loyalität den Regierungen gegenüber betrachte, welche in Oberschlesien die Okkupationsmacht ausüben, und knüpfte hieran die Hoffnung, daß die französische Regierung die Motive, von denen die deutsche Regierung sich in dieser Frage hatte leiten lassen, verstehen und würdigen

Da inzwischen die Ansicht ausgesprochen worden war, daß die Entsendung der britischen Verstärkungen nach Oberschlesien im Mai d. J. einen Präzedenzfall für die französische Forderung darstelle, lenkte die deutsche Regierung gleichzeitig die Aufmerksamkeit auf die deutsche Note vom 5. Mai d. J., aus der sich zweifelsfrei ergibt, daß die Entsendung der britischen Verstärkungen nach Oberschlesien bei allen beteiligten alliierten Regierungen als gemeinsamer Schritt derselben beantragt worden sei.

In den auf dieses Schreiben folgenden Tagen wurde der deutschen Regierung bekannt, daß die Frage des Truppentransportes auf der demnächst stattfindenden Tagung des Obersten Rates behandelt und entschieden werden sollte. Sie richtete deswegen an den französischen Botschafter ein weiteres Schreiben, in dem sie erneut erklärte, daß sie im Einklang mit ihrer Auffassung über den Truppentransport die Entscheidung des Obersten Rates anerkennen werde.

Auf diese letzte Mitteilung des deutschen Standpunktes erfolgte der oben bekanntgegebene Schritt der alliierten Regierungen, durch den die Angelegenheit nunmehr ihre Erledigung gefunden hat.

Der gemeinsame Schritt der Botschafter Englands, Frankreichs und Italiens bei der deutschen Regierung, der ursprünglich am Montag erfolgen sollte, ist gestern zur Tat geworden. Die Vertreter der drei Mächte haben die nach langen Verhandlungen zwischen Paris und London am 30. Juli vereinbarte Erklärung über die Frage der Truppensendung nach Oberschlesien abgegeben und damit einen Zwischenfall beendet, der seit Mitte Juli geschwebt hatte und zu wiederholten Malen einen gefährlichen Charakter anzunehmen schien.

Ueber die kritischen Wochen, die hinter uns liegen, gibt die deutsche Regierung jetzt eine kurze zusammenfassende Darstellung, die sich darauf beschränkt, den äußeren Verlauf zu schildern, ohne den Versuch zu machen, den inneren Zusammenhang zu erklären. Neu ist darin die Schilderung der offenbar sehr scharfen Auseinandersetzung am 24. Juli.

Dieser Sonntagsbesuch Laurents beim Reichskanzler bildete den Höhepunkt der Krise. Wenn man aus den sehr vorsichtigen Andeutungen der französischen Presse auf den Hintergrund dieser Vorkommnisse Schlüsse ziehen darf, so scheint es, als ob der deutschen Öffentlichkeit nicht genügend zum Bewußtsein gekommen ist, daß gleichzeitig ein englischer Einspruch gegen die deutsch-französischen Verhandlungen über Sachleistungen, die durch die Begegnung von Loucheur und Rathenau in Wiesbaden eingeleitet wurden, erfolgt war. Wie stark der englische Druck in dieser Beziehung war, ging für den aufmerksamen Beobachter aus der Rede Rathenaus vor dem Reparationsauschuß des Reichswirtschaftsrates hervor, die in ihrem Schlußsatz sich bemühte, die „englischen Besorgnisse“ zu zerstreuen. Bei den Verhandlungen mit Frankreich handelt es sich letzten Endes um die Frage, ob aus der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen eine Verbindung der europäischen Wirtschaft hervorgeht, die im Lauf der Zeit die stärkste Garantie für die dauernde Erhaltung des Friedens bedeuten und damit die ständige Unruhe in den Beziehungen der beiden Nachbarländer ausschalten würde. In Paris hat man die Bedeutung des französischen Einspruchs offenbar viel lebhafter empfunden als in Berlin, wo die oberhalbste Frage in ihrer Isoliertheit betrachtet wurde. Es scheint, daß ein scharfer Gegensatz zwischen Briand und leitenden Beamten des Quai d'Orsay hervorgetreten ist und daß auch der Präsident der Republik eine aktive Rolle gespielt hat, die im Einklang mit der Tatsache stand, daß er als französischer Ministerpräsident im Jahr zuvor das Wagnis auf sich genommen hatte, ohne englische Zustimmung die Befehle von Frankfurt anzuordnen. Offenbar hat er auch diesmal ein ähnliches Vorgehen empfohlen.

Das schließliche Ergebnis ist bekannt: die Vereinbarung über den Zusammentritt des Obersten Rates am 8. August und die Formulierung einer gemeinsamen Erklärung in Berlin, die den Sonderbericht Laurents legalisiert, ihm aber gleichzeitig die aktuelle Bedeutung nimmt, so daß die Frage der Truppensendung, die zunächst als Hauptaktion erschienen, zu einer Episode geworden ist.